

ZEITSCHRIFTEN-SPIEGEL

Sowjetrußland 1956

Nun beginnen die ersten ausführlichen Berichte aus der Feder nichtkommunistischer Rußlandreisender zu erscheinen. Zusammen mit fünf anderen Schweizer Fachgelehrten und Künstlern war der bekannte Schweizer Verleger *Dr. Martin Hürlimann* 14 Tage in Rußland und Georgien; seine Eindrücke (mehr menschlicher und kultureller als politischer Art) hat er im Oktoberheft seiner Zeitschrift *Atlantis* (Zürich) eingehend beschrieben und seinen Bericht durch 68 eigene Aufnahmen (Hürlimann ist ein hervorragender Photograph) sehr aufschlußreich illustriert. Das gleiche Heft bringt drei weitere Berichte über das kulturelle Leben in der SU und einen Überblick über die neuere Literatur über Rußland.

Auch der italienische Romancier *Alberto Moravia* war dieses Jahr in Rußland. Er berichtet über seine Eindrücke — Eindrücke eines scharf beobachtenden Dichters — im *Monat* (96 und 97).

Die Frage, ob es richtig sei, solche Reisen zu unternehmen, erörtert — nach dem Beschluß des Bundestages, die Einladung zur Entsendung einer Delegation nach Rußland anzunehmen — *Die Gegenwart* (20). Wir zitieren den Schlußsatz dieser redaktionellen Stellungnahme: „Wenn wir schon diplomatische Beziehungen mit Moskau unterhalten, dann durfte es auch

dem Bundestag (und dem Bundesrat) nicht länger verwehrt bleiben, die Reise nach Moskau zu unternehmen wie vor ihm schon viele andere, die damit nicht ihre Integrität in Frage gestellt, aber vielleicht die Chance genutzt haben, jene Kräfte in der Sowjetunion mit ihrem Besuch zu ermutigen, die dort — wie es der französische Sozialist *Andre Philip* nach einer solchen Reise gesagt hat — an die Möglichkeit fundamentaler individueller Freiheiten und der Konstruktion einer gewissen authentischen Demokratie glauben.“

Neben den Reiseberichten, die vorläufig kaum mehr als Impressionen sein können, bleiben die *Analysen* der russischen Situation und Entwicklung wichtig. „Das Geheimnis der russischen Stärke“ untersuchen die amerikanischen Journalisten Joseph und Stewart *Alsop* in einem Aufsatz, der im *Monat* (94) erschienen und auch in der Beilage zur Wochenzeitung *Das Parlament* (5. 9.) abgedruckt ist. Die Autoren schildern rückhaltlos die Kraft der russischen Leistung in Technik, Industrie, Ausrüstung usw. Sie ziehen die Schlußfolgerung, „die westlichen Nationen müßten sich dazu entschließen, wesentlich mehr für die nationale Verteidigung auszugeben — und noch bedeutend mehr für Erziehung und Ausbildung“, ferner müßten sie sich zu Maßnahmen entschließen, „um der Vergeudung ihrer nationalen Kräfte und Mittel zu steuern und die gesamte Struktur der allgemeinen Investitionen etwas knapper und straffer zu halten“. Unter diesen Voraussetzungen könnten „die freien Gesellschaften im Wettbewerb mit der unfreien sowje-

tischen Gesellschaft bis zum jüngsten Tage friedlich koexistieren, oder jedenfalls bis zu dem Tage, an dem die oft zitierten sittlichen Kräfte das eiserne Sowjetsystem zwingen werden, sich in irgendeiner heute noch nicht absehbaren Richtung zu verändern bzw. längs einer heute noch nicht erkennbaren Nahtstelle auseinanderzubrechen“.

Die wirtschaftliche Entwicklung in der SU analysiert laufend *Lucien Laurat* in *Est et Ouest* (Paris); wir verweisen auf seine neuesten Veröffentlichungen über sowjetische Statistiken und über die Sowjetwirtschaft im 1. Halbjahr 1956 (Nr. 158 und 159). Eine sachkundige Untersuchung über die sowjetische Elektrizitätsversorgung veröffentlicht Dipl.-Ing. *Leonhard Müller* im *Europa-Archiv* (16).

Die Ergebnisse und Folgen des XX. Parteikongresses werden weiterhin in *Ost-Probleme* dokumentarisch belegt und untersucht; wir verweisen z. B. auf Nr. 36. Einen wichtigen Aspekt, das sowjetische Nationalitätenproblem, behandelt Prof. D. Dr. *Hans Koch* in der Monatschrift *Der Europäische Osten* (8). Er kommt zu dem Ergebnis, daß „das geringe Ausmaß der politischen Entspannung die Nationalitäten im ganzen nicht beruhigt“ habe und daß „das Schicksal des sowjetischen Bundesstaates nicht allein vom russischen Staatsvolk, sondern auch von den Nationalitäten entschieden“ werde. Recht nützlich ist eine vom Verfasser gegebene Übersicht über das neuere westliche und russische Schrifttum zum Nationalitätenproblem in der SU.

Und die Satelliten?

Die Entstalinisierung bei den Satelliten, vor allem in Polen und in der CSR, verfolgt *J. W. Brügel* mit Sachkenntnis und wacher Kritik; er schreibt neuerdings darüber in einem längeren Aufsatz, der in der schweizerischen *Roten Revue* (8/9) und in der österreichischen *Zukunft* (9) erschienen ist. Zur Ergänzung sei auf eine Arbeit im *Europa-Archiv* (17) verwiesen, in der *Dr. Helmut Slapnicka* das Echo des XX. Parteikongresses in der CSR und den Kampf der dortigen Kommunistischen Partei um die Behauptung ihrer Position darstellt; am Schluß seiner sehr gründlichen Untersuchung kommt er zu dem Ergebnis, die Parteikonferenz der KPC habe völlige Klarheit darüber geschaffen, daß von einem „milden Kurs“, einer Lockerung auf irgendeinem Gebiet nicht die Rede sein könne.

Am zahlreichsten sind die Veröffentlichungen über Polen; wir verweisen auf den *Monat* (95), *Ost-Probleme* (33 und 37), die *Internationalen Freigewerkschaftlichen Nachrichten* (9) die vom Komitee der AFL-CIO für freie Gewerkschaften in deutscher Sprache herausgegeben werden (New York 19, Radio City Station, Box 65), und die Beilage zu *Das Parlament* (12. 9.).

Um Wehrpflicht und Kriegsdienstverweigerung

Junge Kirche fährt fort, alle mit diesem Thema zusammenhängenden Probleme so freimütig wie gründlich zu erörtern. So schreibt in Nr. 11/12 Prof. *Siegmond-Schultze*, schon seit dem ersten Weltkrieg ein bewährter Vorkämpfer für Völkerversöhnung und Frieden, sehr klar und eindeutig über den Gewissensbegriff im Wehrpflicht-Gesetzentwurf und über die Gefahr „einer absichtlichen Verleugnung des Willens des Grundgesetzes“. Im gleichen Heft wird eine Denkschrift der Kirchlichen Bruderschaft im Rheinland zur Kriegsdienstverweigerung und zum Friedensdienst veröffentlicht; über den Zivildienst handelt ein sehr eingehender Vortrag, den *Hans-Ulrich Smoltczyk* auf einer Tagung Berliner Studenten gehalten hat und den nun *Junge Kirche* in Nr. 7/8 und 11/12 abdruckt. In Heft 13/14 ergreift *Siegmond-Schultze* neuerdings zur Frage der Kriegsdienstverweigerung das Wort und stellt fest: „Die aus dem Grundrecht der Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen sich ergebenden Probleme sind von der Regierung nicht so ernst genommen worden, wie es der Sache entsprochen hätte.“ Heft 17/18 gibt die Reden der Abgeordneten *Dr. Arndt* und *Neuen* zur Kriegsdienstverweigerung nach dem Sitzungsbericht des Bundestages mit allen Zwischenrufen wieder.

Geist und Tat (9) gibt *Werner Haak* das Wort zur Darlegung der Gesichtspunkte der „Gruppe der Wehrdienstverweigerer e. V. Köln“ und zur Schilderung der bisher von dieser Bewegung geleisteten Arbeit.

Die *Deutsche Universitätszeitung* (15/16) schreibt in einem Kommentar zur „Wehrerfassung“: „Nicht nur Oppositionelle befürchten, dieses Volk sei politisch nicht reif genug, um die Bürde der Wehrpflicht zu tragen und dabei nicht Schaden an seiner freiheitlichen Grundordnung zu nehmen. Nicht nur Abseitige sehen die Gefahr, daß damit die Wiedervereinigung Deutschlands fast unerreichbar wird . . . Die Frage ist, ob mit der geplanten ‚Umrüstung‘ unsere Aufrüstung auf dem Wege einer allgemeinen Wehrpflicht vermeidbar wird. Es ist nicht angängig, mit emotionalen Appellen an das Sicherheitsbedürfnis die Diskussion darüber zu ersticken. Berufungen auf gestrige und vorgestrigte Notwendigkeiten können nur politische und moralische Resignation bewirken — insbesondere bei denen, deren ‚Erfassung‘ jetzt in Aussicht steht. Man hat ihnen die Möglichkeit eigener Gewissensentscheidung gesetzlich verstellt. Um so mehr können sie erwarten, daß die Regierenden in jeder neuen Situation prüfen, ob das Unheil der Wehrpflicht abgewendet werden kann.“

Ähnlich äußert sich *Walter Dirks* (*Frankfurter Hefte*, 8): „Daß es gerade christliche Abgeordnete sind, welche die Wehrpflicht ge-

wollt haben, macht das Geschehen noch anstößiger.“ Der Abgeordnete Nellen habe sich ein Verdienst „um Kirche und Christentum“ erworben — „aber diese Stimme der Wahrheit konnte die Mehrheit seiner Fraktion nicht umstimmen“. „Es bleibt die beschämende Tatsache, daß die Fraktion der Christlich-Demokratischen Union das im Grundgesetz festgelegte Recht zur Kriegsdienstverweigerung in einer Weise verengt hat, daß nur Sektierer sich darauf berufen können.“ Durch diese Beschlüsse, „die einen christlich begründeten Rechtsfortschritt rückgängig machen“, sei aber „die moralische Frage nicht aus der Welt geschafft: Wer, auch ohne jede Waffenanwendung zwischen den Staaten abzulehnen, einen bestimmten Krieg für ungerecht hält, hat Gottes Recht auf seiner Seite, wenn er seine Mitwirkung verweigert. Nur daß er nun die ganze Schwere des Strafgesetzes zu spüren hat, weil die christliche Mehrheit nicht bereit war, dieses Gewissensrecht unter staatlichen Schutz zu stellen“.

In bemerkenswerter Weise wirbt Generalmajor a. D. *Erich Dethleffsen*, heute Geschäftsführer der „Wirtschaftspolitischen Gesellschaft von 1947“ in Frankfurt, um Verständnis für „die Zurückhaltung der Jugend gegenüber dem Wehrdienst“. In dem Aufsatz, den die angesehene Zeitschrift *Außenpolitik* an der Spitze ihres Septemberheftes veröffentlicht, stehen so beachtliche Sätze wie: „Nachdem die moralischen Kräfte unseres Volkes durch den Nationalsozialismus mißbraucht und überfordert waren, wurde von 1945 ab und besonders seit der Währungsreform nur an unseren Egoismus appelliert und nur mit materiellen Gütern und Lebensstandard gelockt... Die Jugend will das Ziel erkennen, das am Ende des Weges steht, den sie beschreiten soll... Sie braucht eine ehrliche Antwort auf die Frage, wofür sie sich einsetzen soll... Mag auch die oft überspitzte, letztlich aber natürliche und gesunde Skepsis der Jugend uns unbequem sein, so müssen wir sie doch als Realität sehen... Der Nationalgedanke hat bei uns heute seine Kraft verloren. Er war durch den Nationalsozialismus pervertiert, durch die Vermischung mit nebulösen rassistischen Ideologien verzerrt und für die Forderung eines übernationalen Großraumstaates unter deutscher Hegemonie mißbraucht... Ein Ziel, das der überwältigenden Mehrheit der westdeutschen Jugend begehrenswert erscheint, ist die Wahrung der Freiheit... Wir sollten uns darüber nicht täuschen, daß in weiten Kreisen unseres Volkes zur bestehenden Gesellschaftsordnung nur geringes Vertrauen vorhanden ist... Gerade die Jugend befürchtet ein Stagnieren unserer gesellschaftlichen Entwicklung... Sie vermißt die soziale Mobilität, die Aufstiegsmöglichkeiten des einzelnen nach seiner Leistung und seinen charakterlichen Werten. Die Jugend erwartet eine den Anforder-

ungen des technischen Zeitalters gerecht werdende Reform unseres Bildungssystems... Sie empfindet das Festhalten an sinnlos gewordenen Klassenschranken als einen Rückschritt... Wenn die Jugend erkennen kann, daß sie gerufen ist, an einer Neuordnung unseres sozialen Lebens mitzuwirken und an der Gestaltung einer besseren Zukunft teilzuhaben, wird sie bereit sein, die Sache der Freiheit zu ihrer eigenen zu machen...“

Gewerkschaften und Sozialismus in christlicher Sicht

Der Funktionär (ÖTV) veröffentlicht im Oktoberheft einen Vortrag, den Dr. *Erich Thier*, Studienleiter der Ev. Sozialakademie Friedewald, vor hauptamtlichen Funktionären des DGB über das Thema „Gewerkschaftliche Theorie und evangelische Sozialethik“ gehalten hat. Dr. Thier lehnt die „falsche Heilerwartung“ des Marxismus ab, bejaht aber die Gewerkschaftsbewegung und viele ihrer Forderungen wie Mitbestimmung, genügend Freizeit, gerechten Anteil am Sozialprodukt usw.: „Es geht in evangelischer Sozialethik und es geht in gewerkschaftlicher Praxis um den Menschen.“

„Der Christ als Mitstreiter im freiheitlichen Sozialismus“ heißt ein Aufsatz von Prof. Dr. *Hans Lutz* in den protestantischen Monatsheften *Junge Kirche* (Heft 17/18). Der Verfasser, Leiter der Sozialakademie Dortmund, sagt gleich im ersten Absatz, es sollte heute nicht mehr zu einem Problem gemacht werden, daß ein gläubiger Katholik oder Protestant gleichzeitig Sozialist sei. Das Bild, das die Enzyklika „Quadragesimo anno“ vom Sozialismus entworfen habe, habe schon damals (1931) nicht der Wirklichkeit entsprochen — heute sei es „völlig antiquiert“: „Es wäre an der Zeit, daß die Ausführungen der Enzyklika über das Verhältnis von christlicher und sozialistischer Gesellschaftsauffassung einer gründlichen Revision unterzogen würden, so daß dem gläubigen Katholiken ein gutes Gewissen gegeben würde, um Mitstreiter im freiheitlichen Sozialismus sein zu können.“

Dann setzt sich Prof. Lutz eingehend mit dem heute noch weiterwirkenden „antisozialdemokratischen Komplex im Ursprung des sozialen Protestantismus“ auseinander und schildert zustimmend „die theologische Neubesinnung der Kirche, die in den zwanziger und dreißiger Jahren eingesetzt hat“. Er schließt seine sehr lesenswerten Ausführungen mit dem Satz: „Gerade das Bekenntnis zu Jesus Christus dem Herrn führt zu echter Weltlichkeit, gerade das Bekenntnis zu Jesus Christus dem Herrn macht den Christen frei, auch dazu, Mitstreiter im freiheitlichen Sozialismus zu sein.“

Dr. Walter Fabian